

Die Ära Kohl im Gespräch

In der Akademie der KAS in Berlin startete die neue Reihe Die „Ära Kohl im Gespräch“. Ziel ist nicht, diese Ära der kritischen Analyse zu entziehen und Fehleinschätzungen und Fehlentwicklungen zu unterschlagen. Ziel ist vielmehr, erste Schritte zur Historisierung der Kanzlerschaft Helmut Kohls zu machen, Frage-

zurück, die Staatsquote fiel bis 1989 von über 50 auf 45,3 Prozent. Der wirtschaftliche Aufschwung hielt bis zum Ende des Jahrzehnts an und brachte der Bundesrepublik im Zeitraum von 1983 bis 1990 einen Zuwachs bei den Beschäftigten von 2,2 Millionen. Die Regierung Kohl/Genscher hat in den achtziger Jahren durch ihre



Bundesminister a.D. Graf Otto von Lambsdorff



Fotos: Henning Lüders

stellungen und Sichtweisen anzuregen und dazu Zeitzeugen und Wissenschaftler zusammenzuführen, insbesondere auch jüngere Historiker und Politologen zu interessieren und Forschungsarbeiten zu initiieren. Um den Diskurs über die Jahre 1982 bis 1998 in Gang zu bringen, soll das Gespräch zwischen handelnden Politikern, beobachtenden Journalisten und bilanzierenden Wissenschaftlern aufgenommen werden.

Das Auftaktthema der Veranstaltungsreihe bildete die Finanz- und Wirtschaftspolitik 1982–1990. Referenten waren neben den Professoren Günther Schulz (Bonn) und Werner Zohnhöfer (Mainz) die ehemaligen Bundesminister Graf Otto von Lambsdorff und Dr. Gerhard Stoltenberg sowie der frühere finanzpolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth.

Die Bundesrepublik befand sich in einer problematischen innen- und außenpolitischen Lage, als die neue Koalition aus CDU/CSU und FDP im Oktober 1982 die Durchsetzung des Nato-Doppelbeschlusses, die Beendigung der Eurosklerose und die Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ankündigte. Erste Erfolge des neuen Kurses in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stellten sich bald ein. Die Defizite der Gebietskörperschaften sanken, die Inflation ging bis 1987 auf weniger als ein Prozent



Bundesminister a.D. Gerhard Stoltenberg (l.), stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Gespräch mit Günther Schulz von der Universität Bonn (Mitte) und Wolfgang Roth, Vizepräsident der Europäischen Investment Bank

Werner Zohnhöfer, Professor an der Universität Mainz

Wirtschafts- und Finanzpolitik, durch restriktive Ausgabenpolitik und Sparbeschlüsse die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen, die es 1989/90 ermöglichten, die enormen Finanzlasten der deutschen Einheit zu schultern. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen durch eine Reihe steuer-, struktur- und beschäftigungspolitischer Gesetzesmaßnahmen hatte eine Senkung der Inflationsrate, ein reales Wirtschaftswachstum sowie eine reale Zunahme der Einkommen zu Folge.

Diese positive Bilanz zog Gerhard Stoltenberg, wobei er betonte, dass diese Politik mit heftigen Auseinandersetzungen über die Gesundheits- und Steuerreform einherging und er sich mit Vorschlägen zur Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur teilweise durchsetzen konnte. Graf

Lambsdorff bestätigte die Zäsur vor dem Hintergrund des SPD-Parteitag von 1982, der einen „Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge“ beschlossen habe. Widerspruch kam von Wolfgang Roth, der die Auffassung vertrat, die CDU/CSU/FDP-Regierung habe „dasselbe gemacht, wie wir vorher“. Auch hätten die großen Parteien, Union und SPD, eher Arbeitslosigkeit akzeptiert, statt eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gegen die Gewerkschaften durchzusetzen.

Diese erste Veranstaltung, deren Beiträge in der nächsten Nummer der *Historisch-Politischen Mitteilungen* des Archivs für Christlich-Demokratische Politik veröffentlicht werden sollen, ist als gelungener Auftakt des angestrebten Dialogs zwischen Zeitzeugen und Forschung über die Jahre 1982 bis 1998 zu werten.

Günter Buchstab